

BESCHLUSSVORLAGE V0461/13 öffentlich	Referat	Referat IV
	Amt	Jugendamt
	Kostenstelle (UA)	4650
	Amtsleiter/in	Herr Maro Karmann
	Telefon	3 05-17 00
	Telefax	3 05-17 17
	E-Mail	jugendamt@ingolstadt.de
Datum	06.09.2013	

Gremium	Sitzung am	Beschlussqualität	Abstimmungs- ergebnis
Jugendhilfeausschuss	19.09.2013	Vorberatung	
Finanz- und Personalausschuss	17.10.2013	Vorberatung	
Stadtrat	24.10.2013	Entscheidung	

Beratungsgegenstand

Förderung des Pädagogischen Beratungsdienstes des Förderkreises für integrierte Erziehung;
Zuschuss 2011
(Referent: Herr Engert)

Antrag:

1. Der Förderkreis für integrierte Erziehung erhält für den Betrieb des Pädagogischen Beratungsdienstes einen Zuschuss für das Jahr 2011 in Höhe von insgesamt 124.816,30 EUR und für das Jahr 2012 von insgesamt 128.365,60 EUR.
2. Der Jahresbericht 2011 und 2012 des Pädagogischen Beratungsdienstes wird zur Kenntnis genommen.

gez.

Gabriel Engert
Berufsmäßiger Stadtrat

Finanzielle Auswirkungen:

Entstehen Kosten: ja nein

wenn ja,

Einmalige Ausgaben 53.181,90	Mittelverfügbarkeit im laufenden Haushalt	
Jährliche Folgekosten	<input checked="" type="checkbox"/> im VWH bei HSt: 465000 701000 und <input checked="" type="checkbox"/> im VMH bei HSt: Budget	Euro: 53.181,90
Objektbezogene Einnahmen (Art und Höhe)	<input type="checkbox"/> Deckungsvorschlag von HSt: von HSt:	Euro:
Zu erwartende Erträge (Art und Höhe)	von HSt:	
	<input type="checkbox"/> Anmeldung zum Haushalt 20	Euro:
<input type="checkbox"/> Die Aufhebung der Haushaltssperre/n in Höhe von Euro für die Haushaltsstelle/n (mit Bezeichnung) ist erforderlich, da die Mittel ansonsten nicht ausreichen.		
<input type="checkbox"/> Die zur Deckung herangezogenen Haushaltsmittel der Haushaltsstelle (mit Bezeichnung) in Höhe von Euro müssen zum Haushalt 20 wieder angemeldet werden.		
<input type="checkbox"/> Die zur Deckung angegebenen Mittel werden für ihren Zweck nicht mehr benötigt.		

Kurzvortrag:

Zu 1.

Der Pädagogische Beratungsdienst des Förderkreises für integrierte Erziehung wird gemäß Beschluss des Stadtrates vom 25.06.1992 durch einen Zuschuss in Höhe von 90% der anfallenden Personal- und Sachkosten gefördert. Für den Beratungsdienst sind 1,4 Psychologenstellen mit 57 Wochenstunden genehmigt. Diese verteilen sich auf zwei psychologische Fachkräfte mit 35 und 22 Wochenstunden.

Für das Jahr 2011 ergibt sich ein Zuschuss von insgesamt 124.816,30 EUR und für 2012 von insgesamt 128.365,60 EUR. Die Ermittlung des Zuschusses kann den nachfolgenden Tabellen entnommen werden. Da bereits Abschlagszahlungen in Höhe von jeweils 100.000 EUR geleistet wurden, verbleibt eine Nachzahlung von 53.181,90 EUR.

Abrechnung	Ergebnis		Ergebnis 2010	Ergebnis 2009
	2011	Ansatz 2011		
	EUR	EUR	EUR	EUR
sozialpädagogische Fachkräfte	105.926,93	102.800,00	102.183,23	99.408,26
Verwaltungspersonal	13.879,39	13.900,00	13.633,98	13.261,34
Reinigungspersonal	4.132,13	4.250,00	4.232,13	4.211,07
Hausmeister	2.098,28	2.200,00	2.040,93	2.186,14
Personalkosten insgesamt	126.036,73	123.150,00	122.090,27	119.066,81

Raumkosten insgesamt	2.541,21	2.550,00	2.574,47	2.373,94
sonstige Sachkosten insgesamt	10.106,80	11.981,00	10.760,57	9.721,60
Sachkosten insgesamt	12.648,01	14.531,00	13.335,04	12.095,54
Gesamtkosten	138.684,74	137.681,00	135.425,31	131.162,35
Zuschuß der Stadt	124.816,30	123.912,90	121.882,80	118.046,10
Abschlagszahlungen	100.000,00	110.000,00	100.000,00	100.000,00
Überzahlung Vorjahr	0,00		0,00	0,00
Restzahlung/Überzahlung	24.816,30		21.882,80	18.046,10

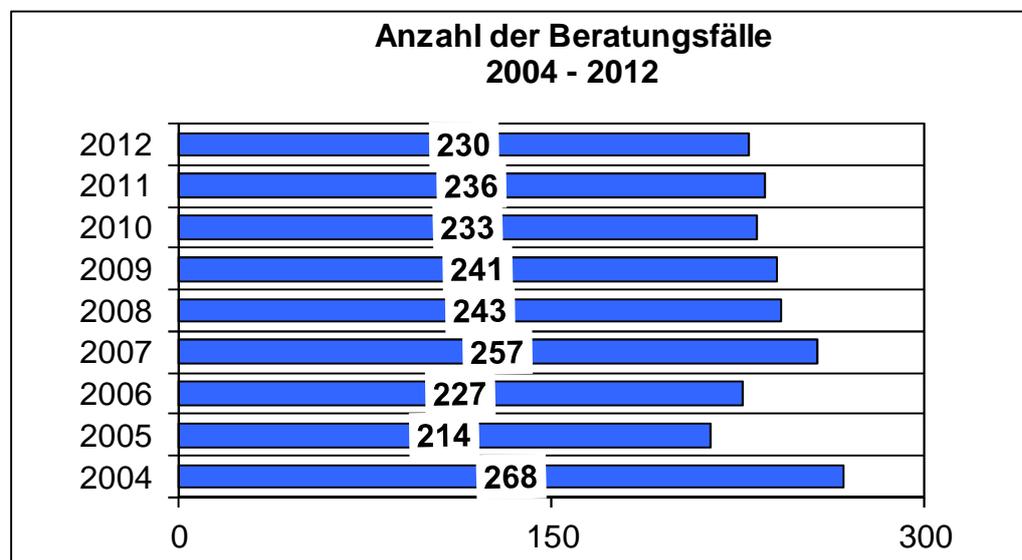
Abrechnung	Ergebnis	Ansatz 2012	Ergebnis	Ergebnis
	2012		2011	2010
	EUR	EUR	EUR	EUR
sozialpädagogische Fachkräfte	108.830,56	102.800,00	105.926,93	102.183,23
Verwaltungspersonal	14.087,59	13.900,00	13.879,39	13.633,98
Reinigungspersonal	4.194,11	4.250,00	4.132,13	4.232,13
Hausmeister	2.129,75	2.200,00	2.098,28	2.040,93
Personalkosten insgesamt	129.242,01	123.150,00	126.036,73	122.090,27
Raumkosten insgesamt	2.555,06	2.550,00	2.541,21	2.574,47
sonstige Sachkosten insgesamt	10.831,38	10.140,00	10.106,80	10.760,57
Sachkosten insgesamt	13.386,44	12.690,00	12.648,01	13.335,04
Gesamtkosten	142.628,45	135.840,00	138.684,74	135.425,31
Zuschuß der Stadt	128.365,60	122.256,00	124.816,30	121.882,80
Abschlagszahlungen	100.000,00	108.000,00	100.000,00	100.000,00
Überzahlung Vorjahr	0,00		0,00	0,00
Restzahlung/Überzahlung	28.365,60		24.816,30	21.882,80

Zu 2.

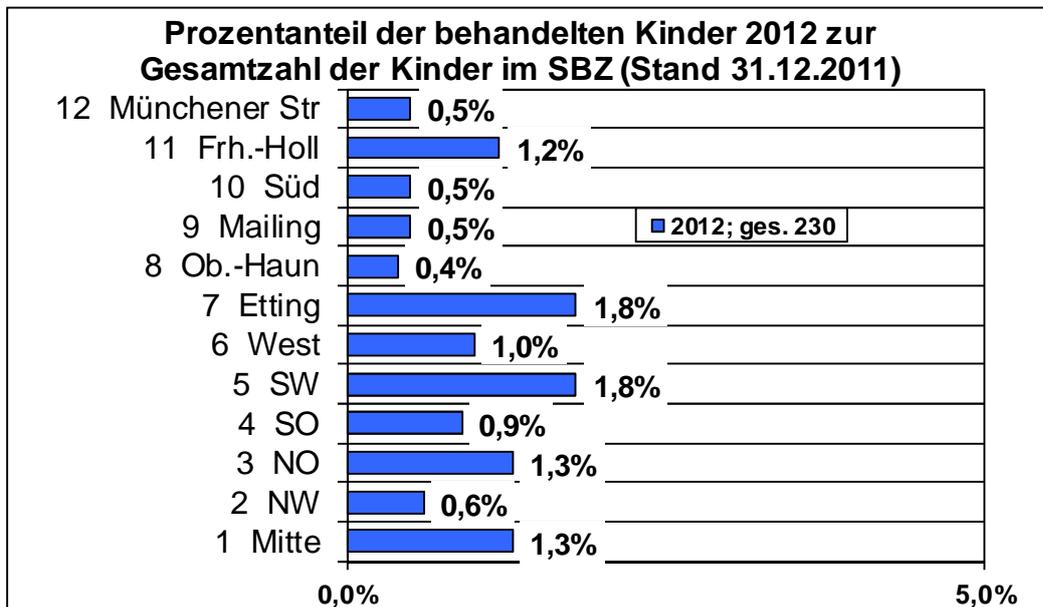
Die Jahresberichte 2011 und 2012 des Pädagogischen Beratungsdienstes sind der Vorlage beigelegt.

In einem gemeinsamen Evaluationsgespräch mit dem Träger im März 2013 wurden die Ergebnisse der vergangenen Jahre miteinander verglichen, um evtl. Entwicklungen aufzuzeigen.

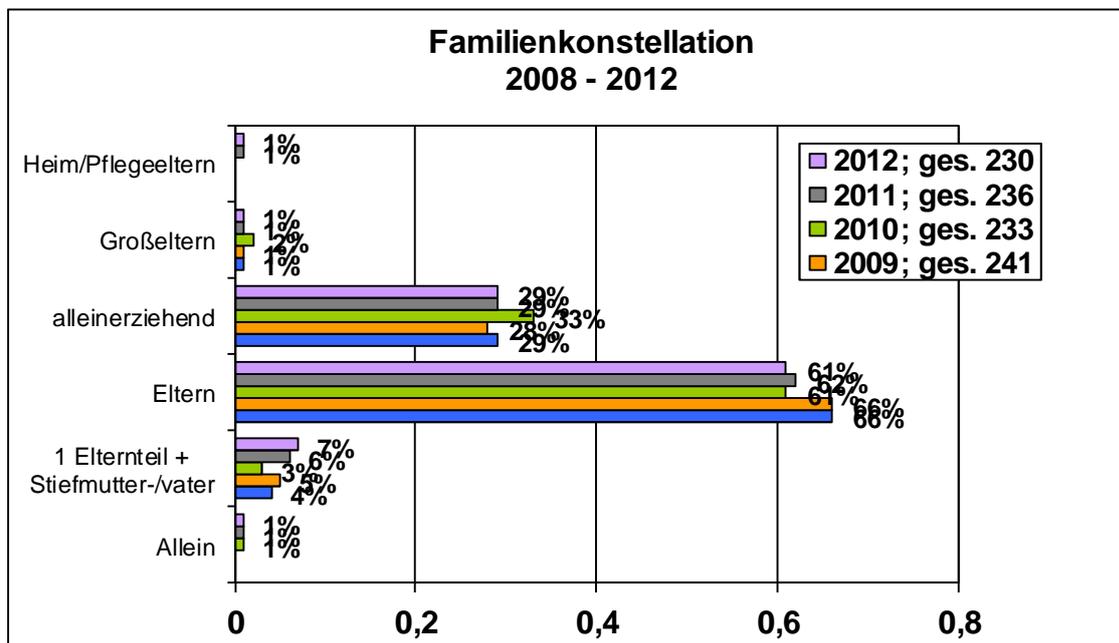
Insgesamt gab es 2012 230 Beratungsfälle, was gegenüber der Vorjahre kaum eine Veränderung darstellt.



Betrachtet man die prozentuale Verteilung der behandelten Kinder 2012 zur jeweiligen Gesamtzahl der Kinder in den Stadtbezirken, so ist erkennbar, dass vor allem in Stadtbezirken mit hohen sozialen Belastungsfaktoren die Inanspruchnahme der Beratungsstelle eher gering ist.



In den letzten Jahren wurden überwiegend Kinder und deren Eltern beraten. Knapp ein Viertel der Kinder stammt aus einem „Alleinerziehendenhaushalt“, wie die nachfolgende Übersicht darstellt:



Der Anteil der Beratungen von Familien mit und ohne Migrationshintergrund ist nicht identisch mit dem Anteil der Personen mit und ohne Migrationshintergrund, die in Ingolstadt leben. 2012 waren lt. Integrationsbericht 39,6 % der Ingolstädter Einwohner mit Migrationshintergrund. Dies deutet auf eine Unterrepräsentanz von Familien mit Migrationshintergrund hin. Die geringere Inanspruchnahme liegt vermutlich jedoch nicht in einem geringeren Bedarf begründet.



Die weiteren Evaluationsergebnisse ergaben im Jahresvergleich kaum Veränderungen.

Eine Weiterentwicklung der überwiegenden „Komm-Struktur“ hin zu einer modernen Erziehungs- und Familienberatung, wie es auch der 14. Kinder- und Jugendbericht des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend fordert, wurde erörtert.

Eine Öffnung zum Gemeinwesen hin, eine gute Vernetzungsstruktur und die Entwicklung einer „Geh-Struktur“, d. h. die Berater begeben sich an die Plätze und Orte, wo sich Familien aufhalten, soll mittelfristig umgesetzt werden.

